Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Beratungsunterlage zu TOP 5 der 8. Sitzung

Hartmut Gaßner: Analyse der Vorgaben des StandAG zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Standortauswahlverfahren sowie weiteres Vorgehen

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. /AG1-30</p>

Vorbereitung der Sitzung der AG 1 am 05.03.2015

I. Analyse der Vorgaben des StandAG zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Standortauswahlverfahren

1. Auftrag der Kommission

- Prüfung des StandAG und Unterbreitung von Handlungsempfehlungen an BTag und BRat (§ 4 Abs. 1 S. 3)
- Erarbeitung von Vorschlägen für Anforderungen an die Beteiligung und Information der Öffentlichkeit sowie zur Sicherstellung der Transparenz (§ 4 Abs. 2 Nr. 5)

2. Ziele und Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung im StandAG

- a) Standortauswahlverfahren als wissenschaftsbasiertes und **transparentes** Verfahren (§ 1 Abs. 1)
- b) **Beteiligung** und **Information** der Öffentlichkeit und Sicherstellung der **Transparenz** (§ 4 Abs. 2 Nr. 5)
- c) **Unterrichtung** der Öffentlichkeit
 - frühzeitig und während der Dauer des Standortauswahlverfahrens
 - durch verschreckende Instrumente und Medien (§ 9 Abs. 1)
- d) Öffentlichkeit ist **Gelegenheit zur Stellungnahme** zu geben
 - Auswertung der Stellungnahmen
 - Stellungnahme zu Stellungnahmen im Sinne eines **dialogorientierten** Prozesses
 - **Berücksichtigung** des Ergebnisses der Auswertung im weiteren Verfahren (§ 9 Abs. 1)
- e) Ziel, einen offenen und pluralistischen **Dialog in der Öffentlichkeit** (über Bürgerdialoge) zu ermöglichen (§ 9 Abs. 3)
- f) Ziel von Bürgerversammlungen, die jeweiligen Verfahrensschritte im **Zusammenwirken mit der Öffentlichkeit** vorzubereiten (§ 10 Abs. 1)
- g) Darlegung in Niederschrift, ob und in welchem Umfang **Akzeptanz** besteht

3. Formen / Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung nach StandAG

Unterrichtung durch

- a) Internet und andere Medien (§ 9 Abs. 1)
- b) Vorbereitung weiterer Verfahrensschritte durch Bürgerversammlungen (§ 9 Abs. 1 i.V.m. § 10)
- c) Dialog in der Öffentlichkeit durch Bürgerdialoge (§ 9 Abs. 3)
 - Methoden vor Ort und im Internet
 - Begleitung durch regionale Begleitgruppe unter Beteiligung von regionalen Bürgerinitiativen
 - Bürgerbüros an Standortregionen und Standorten zur eigenständigen fachlichen Beratung der dortigen Öffentlichkeit
- d) Fortentwicklung der Beteiligungsverfahren durch Einsatz weiterer Beteiligungsformen, die über die gesetzlich geregelten Mindestanforderungen hinausgehen

4. Ablauf des Standortauswahlverfahrens

- a) § 13 Abs. 4 – Ermittlung Standortregionen – Auswahl von Standorten für übertägige Erkundung
- b) § 15 Abs. 2 – Festlegung von standortbezogenem Erkundungsprogramm
- c) § 16 Abs. 3 – Übertägige Erkundung und Vorschlag für untertägige Erkundung
- d) § 18 Abs. 2 – Untertägige Erkundung
- e) § 19 Abs. 1 – Standortvergleich / Standortvorschlag

5. Entscheidungen des Bundestages

6. Rechtsschutzmöglichkeiten

7. Vergleich AKEnd-Vorschläge

- Grundsätze / Ziele
- Formate
- Beteiligungsbereitschaft

II. Vorgehen AG 1 unter Beteiligung der Öffentlichkeit

1. Analyse Vorgaben StandAG
2. Erörterung
 - a) AG / Kooperation mit AG 2 + 3
 - b) Anhörung(en)
 - c) Kommission
3. Änderungsvorschläge
4. Bericht
 - a) Änderungsvorschläge
 - b) Beteiligungsbericht

III. Kooperation mit AG 2

1. Auswertung Gutachten zu Anforderungen aus Europarecht
2. Position zu Rechtsschutz

IV. Kooperation mit AG 3

1. Positionierung zu Ablauf Standortauswahlverfahren
2. Beteiligungsoptionen bei Kriterienfestlegung